

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 1

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Südafrika bleibt traktandiert

Wahrscheinlich im April wählen die Weissen in Südafrika vorzeitig ein neues Parlament. Den um zwei Jahre vor dem regulären Termin in Aussicht gestellten Urnengang kündigte Präsident Pieter W. Botha in seiner Neujahrsansprache an. Das genaue Datum wird Ende Monat bekanntgegeben, und zwar mit Beginn der Parlamentssession in Kapstadt.

Vormarsch der Rechtsextremen abblocken

Pieter W. Botha verband die Wahlankündigung mit einem scharfen Angriff auf die westlichen Industriestaaten. Diese hätten Sanktionen zu einem Zeitpunkt beschlossen, zu dem Südafrika echte Reformen einleite, um die nicht weisse Bevölkerung enger in das politische Leben des Landes zu integrieren.

Die Bevölkerung sei nun aufgefordert, ein neues Reformpaket zu akzeptieren oder aber abzulehnen. Näher auf dieses «Paket» ging der Präsident nicht ein. Wohl gemerkt, es ist die weisse Bevölkerung, die wählt. Die beiden anderen Kammern des Parlaments, jene der Farbigen (Gemischtrassige) und jene der Asiaten (Inder), werden nicht neu bestellt. Die schwarze Bevölkerungsmehrheit verfügt auf Landesebene nicht über eine parlamentarische Vertretung.

Der südafrikanische Präsident sprach von der Notwendigkeit, einen evolutionären Prozess einzuleiten. Er, Botha, werde sich der Schaffung einer Mehrheitsregierung auf der Basis des allgemeinen und gleichen Wahlrechts widersetzen. Die Erfolge einer jahrzehntelangen Entwicklung dürften nicht gefährdet werden.

Präsident Botha lässt vorzeitig wählen, um den Vormarsch der rechtsextremen (weissen) Opposition in Gestalt der Konservativen Partei und der neofaschistischen Afrikanischen Widerstandsbewegung abzublocken. In die Defensive soll aber auch die liberale Progressive Bundespartei gedrängt werden.

Mit oder ohne Botha

Der siebzigjährige Präsident könnte die Wahlen auch deshalb vorgezogen haben, um sich nach dem zu erwartenden Wahlsieg in den

politischen Ruhestand begeben zu können. Seit bald 39 Jahren regiert seine Nationale Partei. Niemand zweifelt in Südafrika daran, dass sie auch die nächste Regierung stellen wird. Die Nationale Partei wird die bisherige Politik, die bis anhin immerhin Reformen brachte, mit oder ohne Botha als Präsident fortsetzen.

Auch 1987 dürfte Südafrika in den Schlagzeilen stehen. Mit zunehmender Agitation von Teilen der schwarzen Bevölkerung ist zu rechnen (etwa 18 Millionen Schwarze, das heisst zehn Völker und 300 Stämme). Aber die Macht der Weissen (4,8 Millionen) ist kaum gefährdet. Bei neuen und anhaltenden Unruhen muss die

Regierung in Pretoria allerdings auf weitere und schärfere Wirtschaftssanktionen seitens des Westens gefasst sein.

Simbabwe schiebt Sanktionen auf . . .

Aber auch diese dürften die Weissen kaum in die Knie zwingen. Allgemein dürfte sich die Wirtschaftslage im ganzen südlichen Afrika drastisch verschlechtern, vorab in den schwarzafrikanischen Nachbarstaaten Südafrikas. Simbabwe steht hierfür schon heute als aktuelles Beispiel. Premierminister Mugabe musste Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika «aufschieben». In seiner Neujahrsbotschaft sagte er, Sanktionen würden so bald als möglich verhängt werden. Bis dahin sollte sich Simbabwe für schwierige kommende Zeiten rüsten. Schon bald dürfte sich herausstellen, dass er untertreibt:

Eine simbabwische Bank hielt in ihrem Jahresendbericht fest, dass gegenwärtig nur 7000 neue Arbeitsstellen geschaffen werden, derweil jährlich an die 100 000 neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Bank führt die wirtschaftlichen Probleme Simbawbes auf Devisenknappheit zurück, auf sinkende Produktionsleistungen, Mangel an Neuinvestitionen, hohe Steuern, Preise und Löhne sowie eine «ungünstige Einschätzung der politischen Probleme im südlichen Afrika durch das Ausland» . . .

j. b.



Schülerproteste plus wieviel?